

Leitartikel
Von Floo Weißmann

Merkel muss sich darauf einstellen, dass Pläne für die Zeit nach ihr geschmiedet werden.



florian.weissmann@tt.com

Schwere Blamage für die Kanzlerin

Die Beinahe-Revolte bei der Präsidentenwahl ist der bisherige Höhepunkt in Angela Merkels Pannenserie.

Die deutsche Kanzlerin ist spätestens seit der verunglückten Bundespräsidentenwahl politisch angeschlagen. Merkel und die Führungsspitze der schwarz-gelben Koalition haben nicht allein die Stimmung in der Bevölkerung gegen sich, sondern auch die in den eigenen Parteien. Dass das Regierungslager trotz klarer Mehrheit in der Bundesversammlung drei Anläufe gebraucht hat, um den eigenen Kandidaten durchzubringen, grenzt an Revolte. Es ging nicht um den Präsidenten, sondern um die Zukunft der Regierung. Und der Ausblick, den das Drama vom Mittwoch geboten hat, ist ein ziemlich düsterer.

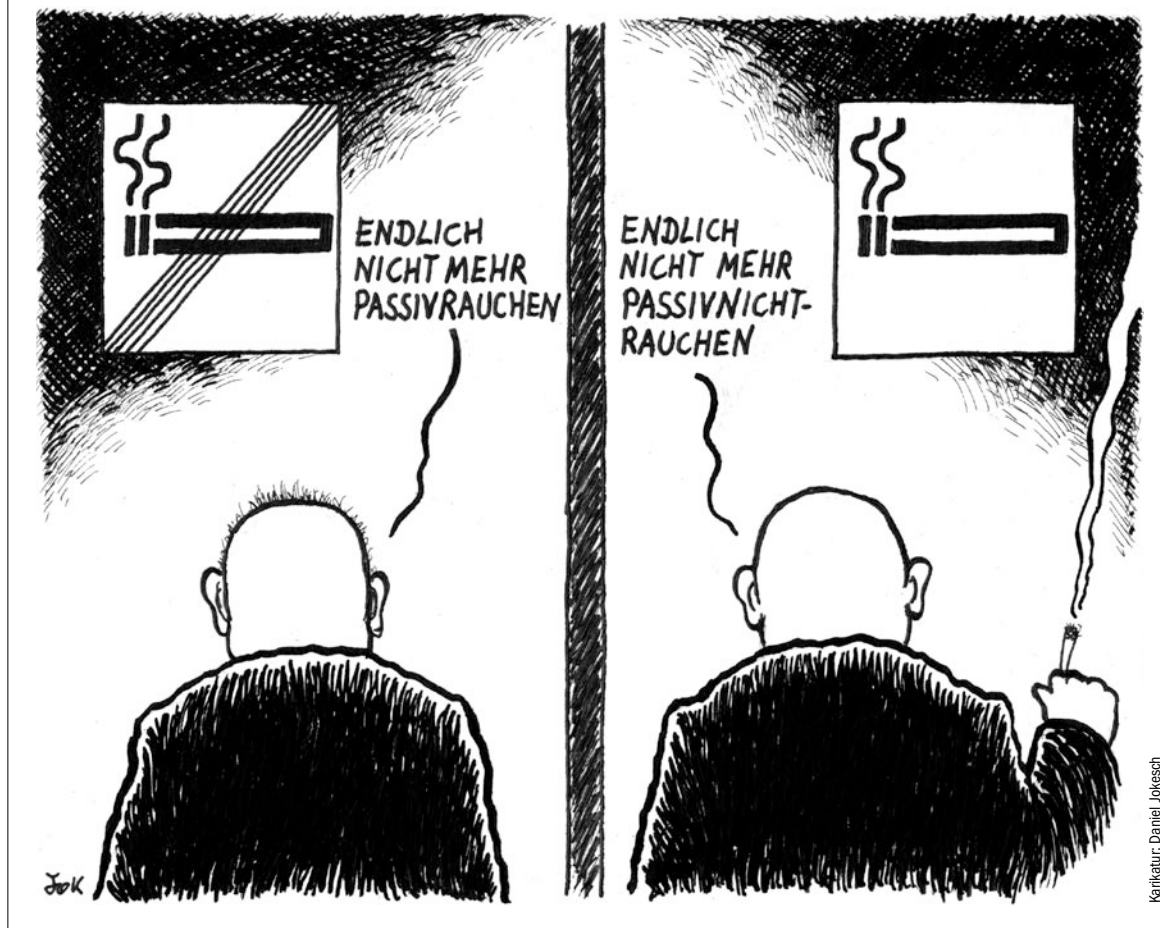
Manch einer der Abweichler mag in aller politischen Unschuld und Wahrhaftigkeit den Oppositionskandidaten für den besseren Präsidenten gehalten haben. Fest steht, dass die Dissidenten wissentlich der eigenen Regierung eine öffentliche Demütigung verpasst haben. Und wenn ein paar Delegierte sich zu diesem spektakulären Schritt durchringen, dann dürfte die Dunkelziffer viel höher liegen.

Merkel hat nie durch Gestaltungswillen oder Charisma bestochen. Aber sie war als Kanzlerin gut gelitten, solange sie klug taktierte, das Land behäbig dahintuckerte und ihre CDU Wahlerfolge feierte. Das ist jetzt vorbei. Mit ihrer schwarz-gelben Wunschkoalition hat Merkel über Monate einen Pleiten-Pech- und Pannen-Parcours absolviert, dessen bisheriger Höhepunkt die schwere Fehlkalkulation vor der Wahl des Staatsoberhauptes war. Die einst souveräne Kanzlerin wirkt seltsam entfremdet von der politischen Dynamik im Land und in der eigenen Partei.

Die verunglückte Bundespräsidentenwahl kann im Regierungslager einen heilsamen Schock auslösen. Wahrscheinlicher aber ist, dass der Streit über die Blamage die Gräben noch vertieft. Die Kanzlerin muss sich darauf einstellen, dass in der Partei schon Pläne für die Zeit nach ihr geschmiedet werden.

Karikatur

Räumlich getrennt



Beim Hochschuldialog blieben alle Fragen offen

Der Hochschuldialog ist gescheitert. Erstaunlich ist das aber gar nicht, da grundlegende Fragestellungen im Gespräch ausgespart blieben.



Analyse
Von Gabriele Starck

Die Chance ist vertan. Nicht nur, dass dem Hochschuldialog vor Langem die Rektoren und Studierenden als Gesprächspartner abhandeln kamen. Auch der Arbeitsnachweis der 130 Stunden während Diskussionen, der in einem 54-seitigen Bericht mündete, lässt keinen Zweifel aufkommen: Das war nichts!

Doch hatte der vom damaligen Minister Johannes Hahn vor einem Jahr angedachte und im heißen Studentenherbst 2009 ins Leben gerufene Dialog überhaupt ein Chance?

Nein. Weil grundlegende Fragestellungen, deren Antworten erst eine konstruktive Diskussion ermöglichen hätten, erst gar nicht behandelt wurden.

Da ist einmal die Frage: Was soll das Hochschulsystem eigentlich leisten? Wie viele Absolventen mit welchen Fähigkeiten soll es ins Leben entlassen.

Und die zweite längst überfällige Auseinandersetzung betrifft die Frage: Welche Aufgaben haben die einzelnen Institutionen innerhalb des Systems? Welche Aufgabe haben die Universitäten, welche Funktion die Fachhochschulen? Erst, wenn die verschwommenen Konturen geschärft sind, kann das System zielgerichteter und effizienter für die Zukunft des Landes bilden und ausbilden.

Ohne diese Antworten aber

war es unausweichlich, dass der Dialog an den einzementierten Standpunkten zu allbekanntesten Streitthemen wie Studiengebühren oder Zulassungsbeschränkungen scheitert.

Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die 92 Empfehlungen nicht über No-namen-Selbstverständlichkeiten hinausgehen. Es bereits als Erfolg zu verkaufen, dass man Vertreter unterschiedlicher Standpunkte an einem Tisch habe versammeln können, ist beschämend.

Die Politik wird sich nicht ersparen können, von null zu beginnen, schonungslos und ohne ideologische Scheuklappen – egal auf welcher Seite – den Ist-Zustand zu analysieren, den Soll-Zustand zu formulieren und dann zu handeln. Und dabei geht es ausnahmsweise nicht einmal in erster Linie um Geld.

gabriele.starck@tt.com

» Lesen Sie dazu mehr auf Seite 10

Gastkommentar

Von Karl-Ernst Heidegger

An Therapien zu sparen, ist nicht billiger

Der Landesverband für Psychotherapie hat erstmals einen umfassenden Psychotherapie-Report für Tirol herausgegeben. Jetzt liegt ein Überblick über die therapeutische Versorgung in unserem Bundesland vor. Die Zahlen und Fakten belegen, dass die Psychotherapie in Tirol von der Angebotsseite durchaus eine Erfolgsgeschichte ist. Wäre da nicht die mangelnde Unterstützung seitens der Gesundheitspolitik und der Krankenkassen.

Laut Studien sind in Tirol rund 15.000 Menschen psychotherapiebedürftig. Doch nur rund 5200 Menschen in Tirol nehmen eine Psychotherapie auch in Anspruch. Und auch bei diesen ist nicht sichergestellt, dass sie die Psychotherapie aus finanziellen Gründen im ausreichenden Umfang und rechtzeitig erhalten. Schuld daran ist ein massiver Finanzierungsmangel für die Psychotherapie im Tiroler Gesundheitssystem.

Die Psychotherapie ist seit 1992 eine Pflichtleistung der Kassen und steht per Gesetz allen Psychotherapiebedürftigen auf Kosten der Kassen zu. Die Kassen in Österreich haben bisher jedoch konsequent einen Gesamtvertrag vermieden. Sie rationieren die kassenfinanzierten Behandlungsplätze und die Zuschüsse auf niedrigerem Niveau.

Insgesamt wird damit sogar in Kauf genommen, dass die Folgekosten (Krankenstandstage, Anstieg der Frühpension auf Grund seelischer Erkrankungen) durch die Nichtbehandlung von Betroffenen ungebremst steigen. Durch eine ausreichende und frühzeitige psychotherapeutische Behandlung, die die Patientinnen und Patienten auch ersetzt bekommen, könnten gerade diese Folgekosten massiv reduziert werden.

Karl-Ernst Heidegger ist Vorsitzender des Tiroler Landesverbandes der Psychotherapie.



heidegger.e@utanet.at

Larry King (TV-Talkmaster)

Kopf des Tages

Der Talk-König dankt ab

Larry King hatte sie alle: Er plauderte mit Präsidenten, Popstars, Königen, Leinwandhelden oder Wirtschaftsmagnaten. Kurzum: mit allem, was Rang und Namen hatte. 25 Jahre lang war der nunmehr 76-jährige Talkmaster eine fixe Bildschirmgröße. Und CNN war froh, „Larry King Live“ im Programm zu haben. Doch am Dienstag gab der als Lawrence Harvey Zeiger geborene König unter den TV-Moderatoren seinen bevorstehenden Rücktritt bekannt. Der King will nicht mehr – er hat genug von der nächtlichen Tretmühle, genug von Interviews, genug von Stars. Der Hosenträgerfreund mit der dicken schwarzen Brille will sich fortan mehr um seine Fami-

lie kümmern. Und mit seinen beiden Söhnen Baseball spielen gehen. Dass die Quoten seines legendären Talks in jüngster Vergangenheit immer weniger legendar



wurden, hat nichts mit seinem TV-Abschied zu tun. Darin sind sich King und CNN einig – und wer will schon einem König und seinem Hofstaat widersprechen?

Dass aus dem Sohn jüdischer Einwanderer einmal der bekannteste Interviewer der Welt werden würde, konnte einst niemand ahnen. King, dessen aus Österreich immigrierter Vater früh starb, wuchs in Brooklyn auf. Seine Familie war auf Sozialhilfe angewiesen, sein High-School-

Abschluss zum Schänden. Eine Universität besuchte er nie. Aber er konnte etwas, was man auf keiner Hochschule lernen kann: reden und zuhören. 1957 fing er beim Radio an, drei Jahre später wechselte er zum Fernsehen. Als CNN ihn 1985 unter Vertrag nahm, war er schon bekannt wie ein bunter Hund, sein Name war Programm – und wurde dann auch zu diesem. Rekordverdächtige 50.000 Gäste nahmen im Studio von „Larry King Live“ Platz und plauderten aus dem Nähkästchen. Nur schade, dass sich King nie selbst interviewt hat: Der achtfach verheiratete TV-Star hätte sicher jede Menge zu erzählen. (fach)

» Lesen Sie dazu mehr auf Seite 12

Foto: EPA/Buck

TT Frage des Tages

Zuschlag für das Rettungswesen

Die Tiroler Bieter haben den Zuschlag für das Rettungswesen erhalten, doch Klagen dagegen wurden angekündigt. Glauben Sie, dass das letzte Wort gesprochen ist?

18 % Ja – eine Entscheidung ist gefallen und das Land wird daran festhalten.

35 % Nein – beim Verfahren ist so viel schiefgegangen, dass das Thema sicher weiter brisant bleibt.

47 % Egal – was hier noch auf uns zukommt, blamiert haben wir uns ohnehin schon.

Die Umfrage finden Sie auf

